

1.2 Eingewanderte und ihre Nachkommen

Olga Grigoriev, Thomas Körner

Statistisches Bundesamt
(Destatis)

Zuwanderung hat die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in vielfältiger Weise geprägt. Nach Ergebnissen der Wanderungsstatistik sind in den Jahren von 1950 bis 2023 insgesamt über 60 Millionen Personen in die Bundesrepublik eingewandert, während im gleichen Zeitraum gut 43,5 Millionen aus Deutschland fortgezogen sind. Die Zuwanderung vollzog sich in verschiedenen Phasen und betraf unterschiedliche Personengruppen. ► [Info 1](#), [Info 2](#)

- Ab 1950 kamen zunächst knapp 4,6 Millionen Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach Deutschland. Dies sind Angehörige deutscher Minderheiten aus Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens, die Nachkommen von Deutschstämmigen sind, die teilweise vor mehreren Jahrhunderten in diese Länder ausgewandert waren und dort ihre Sprache und Kultur beibehalten haben. Der Zuzug von Aussiedlerinnen und Aussiedlern hatte seine Höhepunkte in den 1950er- sowie insbesondere in den späten 1980er- und den 1990er-Jahren, hält aber in geringerem Umfang bis heute an.
- Nach dem ersten Anwerbeabkommen der Bundesrepublik mit Italien im Jahr 1955 kamen in den 1950er- und 1960er-Jahren sogenannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter vor allem aus Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und dem damaligen Jugoslawien. Bis 1973 kamen durch die Anwerbeabkommen nach Ergebnissen der Wanderungsstatistik 7,2 Millionen Menschen zum Arbeiten in die Bundesrepublik, etwa 4,3 Millionen von ihnen gingen in diesem Zeitraum wieder in ihre Heimat zurück. Nach dem Anwerbestopp im Jahr 1973 gab es eine Phase, in der verstärkt Familienangehörige der unter den Anwerbeabkommen nach Deutschland Eingewanderten nachgezogen sind. Inzwischen leben als damalige Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter Eingewanderte seit mehreren Generationen in Deutschland

und haben Kinder und Enkel bekommen. Auch die DDR warb ab Mitte der 1960er-Jahre ausländische Arbeitskräfte an, die hauptsächlich aus Mosambik und Vietnam gekommen sind.

- In Folge der Einführung der Personenfreizügigkeit als eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union (EU) im Jahr 1993 und insbesondere der EU-Osterweiterungen ab dem Jahr 2004 stieg die Zahl von Personen an, die aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland gekommen sind. Seit 2004 sind 11,5 Millionen Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland eingewandert, darunter jeweils 2,8 Millionen Personen aus Polen und Rumänien, gut 1,1 Millionen Personen aus Bulgarien sowie je gut 700 000 Personen aus Ungarn und Italien. Im gleichen Zeitraum sind 8,7 Millionen Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten aus Deutschland weggezogen.
- Ende der 1980er-Jahre beantragten zunehmend Personen aus Ost- und Südosteuropa in Deutschland Asyl, hinzu kamen Anfang der 1990er-Jahre Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien. Nachdem durch Einschränkungen des Asylrechts Anfang der 1990er-Jahre die Zahl der Schutzsuchenden zurückging, stieg sie um das Jahr 2010 wieder an, mit Höhenpunkten in den Jahren ab 2015 sowie 2022. Hauptherkunftsländer waren jetzt Syrien, Irak und Afghanistan sowie zuletzt die Ukraine.

1.2.1 Eingewanderte und ihre Nachkommen in Deutschland seit dem Jahr 2005

Diese unterschiedlichen Phasen der Zuwanderung nach Deutschland haben im Saldo der Zuzüge und Fortzüge dazu geführt, dass von den im Jahr 2023 83,8 Millionen in Deutschland lebenden Personen 16,2 Millionen (19,3 %) seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind. Bei 5,0 Millionen Personen waren beide Elternteile nach Deutschland eingewandert

(6,0%). Damit hatten im Jahr 2023 21,2 Millionen Personen (25,2%) eine Einwanderungsgeschichte. 4,0 Millionen Personen (4,8%) hatten nur ein eingewandertes Elternteil und 58,7 Millionen (70%) waren ohne Einwanderungsgeschichte. ▶ Tab 1

Die Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte ist dabei keine homogene Gruppe, sondern unterscheidet sich hinsichtlich ihrer soziodemografischen Merkmale. Die unterschiedliche Zusammensetzung der Gruppen der Eingewanderten, der Nachkommen sowie der Personen ohne Einwanderungsgeschichte muss bei Vergleichen berücksichtigt werden. So lag 2023 etwa das Durchschnittsalter der Nachkommen mit 20,3 Jahren deutlich unter dem der Eingewanderten mit 43,1 Jahren (Personen ohne Einwanderungsgeschichte: 47,2 Jahre), was einen Teil der Unterschiede bei Bildungsabschlüssen und der Arbeitsmarktbeteiligung dieser Gruppen erklären kann.

Tabelle 1 macht darüber hinaus deutlich, dass Eingewanderte und deren Nachkommen nicht mit Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit verwechselt werden dürfen. Im Jahr 2023 waren 66,1% der Eingewanderten Ausländerinnen und Ausländer, während 33,9% die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen. Dies kann der Fall sein bei Personen, die zum Beispiel als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, oder bei im Ausland geborenen deutschen Staatsangehörigen, die später nach Deutschland eingewandert sind. Bei den Nachkommen Eingewanderter ist das Verhältnis sogar umgekehrt: Hier waren 31,5% Ausländerinnen und Ausländer, während 68,5% deutsche Staatsangehörige waren. Personen mit Einwanderungsgeschichte lebten häufiger in größeren Haushalten und als Eltern oder Kinder in einer Familie als Personen ohne Einwanderungsgeschichte: 40,8% der Menschen mit Einwanderungsgeschichte lebten 2023 in Haushalten mit 4 und mehr Personen (ohne Einwanderungsgeschichte:

▶ Info 1

Heimatvertriebene und Wanderungen über die innerdeutsche Grenze

In der deutschen Geschichte kam es immer wieder zu Wanderungen, zum Beispiel am Ende des Zweiten Weltkriegs oder an der innerdeutschen Grenze zwischen der damaligen DDR und der Bundesrepublik. In den Jahren von 1944 bis 1948 sind rund 12 Millionen Personen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches geflüchtet oder waren von dort vertrieben worden. Diese Wanderungen sind jedoch nicht Gegenstand dieses Beitrags. Die Heimatvertriebenen weisen nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) einen gesonderten Status auf und werden daher nicht zu den Eingewanderten gezählt. Als Heimatvertriebene bezeichnet man nach Paragraph 2 BVFG Personen, die am 31. Dezember 1937 oder bereits einmal vorher ihren Wohnsitz in dem gesetzlich bestimmten Vertriebungsgebiet hatten. Auch Personen, die aus der DDR über die innerdeutsche Grenze in die Bundesrepublik gezogen sind, werden nicht als Eingewanderte betrachtet.

▶ Info 2

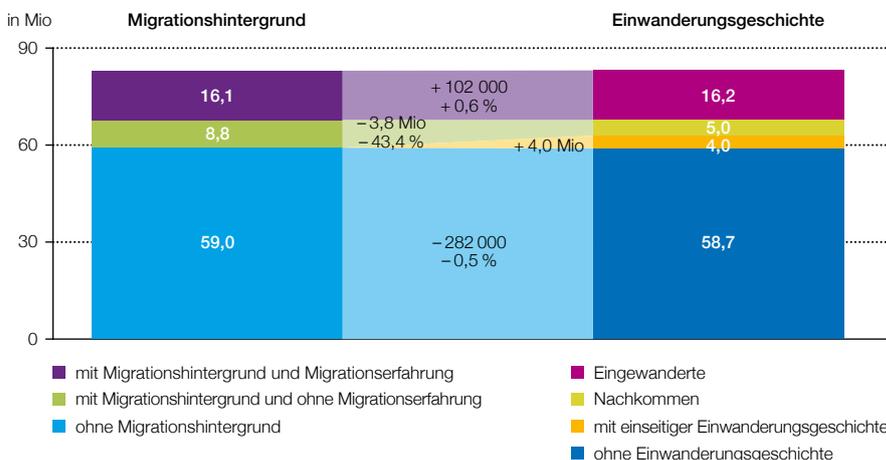
Vom Migrationshintergrund zur Einwanderungsgeschichte

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seit 2005 aus dem Mikrozensus Ergebnisse nach dem Konzept des Migrationshintergrunds, nachdem zuvor in den Bevölkerungsstatistiken lediglich Deutsche sowie Ausländerinnen und Ausländer anhand der Staatsangehörigkeit unterschieden wurden. Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn entweder sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Das Konzept des Migrationshintergrunds erlaubte eine sehr differenzierte Betrachtung verschiedener Personengruppen mit Migrationsbezug und hat die Forschung zur Integration von Zugewanderten seitdem stark geprägt. Zugleich wurde das Konzept wegen seiner analytischen Komplexität und geringen internationalen Anschlussfähigkeit sowie seiner teilweise stigmatisierenden Verwendung in der öffentlichen Diskussion zunehmend kritisiert. Vor diesem Hintergrund hat die von der Bundesregierung eingesetzte Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit im Jahr 2021 empfohlen, für Fragen der Integration künftig das Konzept der »Eingewanderten und ihrer (direkten) Nachkommen« zu verwenden.

Das Statistische Bundesamt hat das neue Konzept im Jahr 2023 bei den Veröffentlichungen des Mikrozensus umgesetzt. Die Definition umfasst alle Menschen, die entweder selbst (Eingewanderte) oder deren beide Elternteile (Nachkommen von Eingewanderten) seit 1950 in das heutige Gebiet Deutschlands eingewandert sind. Eingewanderte Personen gehören dabei der ersten Generation an; die in Deutschland geborenen Nachkommen von Eingewanderten zählen zur zweiten Generation. Personen, bei denen nur ein Elternteil nach Deutschland eingereist ist, gehören nach der Empfehlung der Fachkommission nicht zu den Nachkommen, werden aber »mit einseitiger Einwanderungsgeschichte« auch in diesem Beitrag separat nachgewiesen.

Insbesondere der separate Nachweis von Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte führt dazu, dass die Definition »Einwanderungsgeschichte« enger gefasst ist als der Migrationshintergrund. So lebten nach Erstergebnissen des Mikrozensus 2023 in Deutschland 24,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, allerdings lediglich 21,2 Millionen Eingewanderte und ihre direkten Nachkommen – also etwa 3,7 Millionen Personen weniger. Diese Differenz entspricht nahezu der nun separat nachgewiesenen Gruppen der Menschen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte.

Vergleich der Konzepte »Einwanderungsgeschichte« und »Migrationshintergrund«



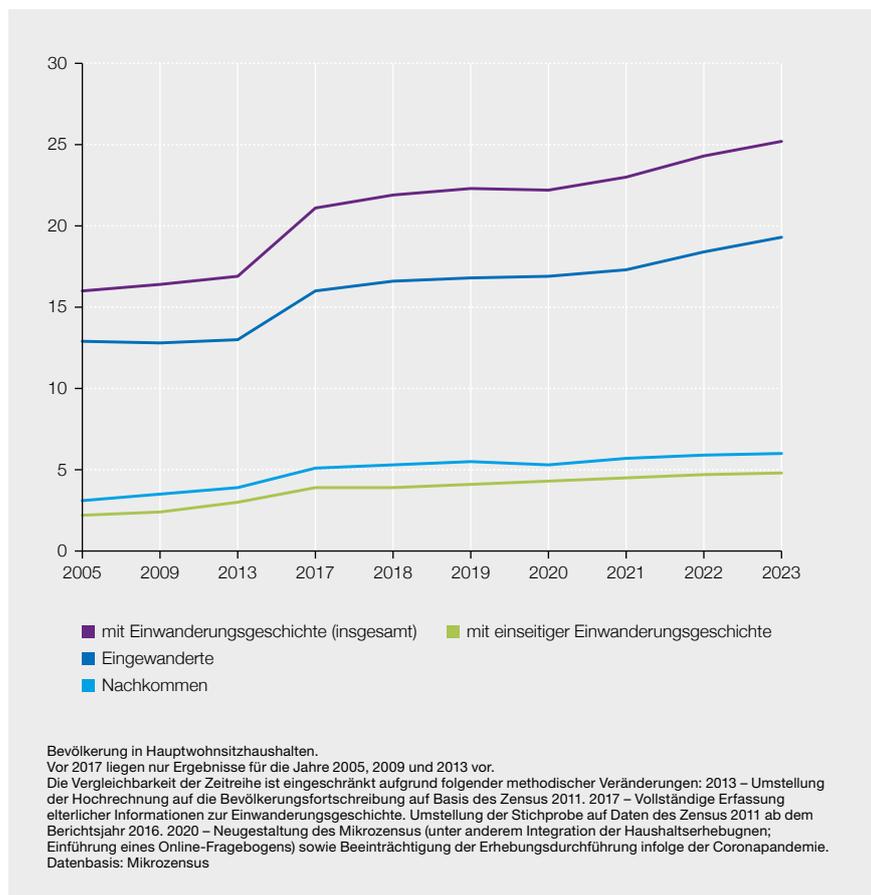
Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten. Datenbasis: Mikrozensus, Erstergebnisse 2023

► **Tab 1** Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte 2023

	Insgesamt	Mit Einwanderungsgeschichte	Davon:		Mit einseitiger Einwanderungsgeschichte	Ohne Einwanderungsgeschichte
			Eingewanderte	Nachkommen		
Anzahl in 1 000	83 875	21 176	16 173	5 003	4 013	58 686
Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	100	25,2	19,3	6	4,8	70
Durchschnittsalter in Jahren	43,7	37,7	43,1	20,3	24,2	47,2
Mittlere Aufenthaltsdauer in Jahren	X	X	20,3	X	X	X
Anteil, der in Haushalten mit 4 und mehr Personen lebt in %	29,1	40,8	34,4	61,2	46,3	23,6
Anteile der ... in %						
Ausländer/-innen	14,9	57,9	66,1	31,5	4,1	0,1
Deutschen	85,1	42,1	33,9	68,5	95,9	99,9
Frauen	50,6	49,8	50,1	48,5	49,1	51,0
unter 15-Jährigen	14,3	15,8	7,6	42,6	38,4	12,1
über 64-Jährigen	21,6	11,4	14,7	0,6	2,5	26,6
Ledigen	43,0	43,7	33,0	78,2	76,4	40,5
Verheirateten	44,0	46,5	55,0	19,3	19,7	44,7
in einer Familie Lebenden (als Eltern oder Kinder)	49,2	60,7	53,5	83,8	74,1	43,4

Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.
 X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.
 Datenbasis: Mikrozensus, Erstergebnisse 2023

► **Abb 1** Eingewanderte und deren Nachkommen –
 Anteile an der Bevölkerung in Prozent



23,6%), 60,7 % waren Teil einer Familie, das heißt einer Lebensform, in der Eltern und Kinder im gleichen Haushalt leben (ohne Einwanderungsgeschichte: 43,4%).

Entwicklung seit dem Jahr 2005

Auch die zahlenmäßige Entwicklung der Personen mit Einwanderungsgeschichte ist je nach Gruppe unterschiedlich verlaufen. So stieg die Zahl der Eingewanderten von 2005 bis zum Jahr 2023 um gut 54 % auf 16,2 Millionen an, während die Zahl der Nachkommen Eingewanderter sich im gleichen Zeitraum ausgehend von einem deutlich niedrigeren Niveau auf 5 Millionen fast verdoppelt (+ 98 %) hat. In beiden Fällen war der Anstieg am stärksten von 2013 bis 2017 (+ 27 % Eingewanderte; + 32 % Nachkommen) sowie von 2021 auf 2023 (+ 14 % Eingewanderte; + 6 % Nachkommen). Die Zahl der Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte hat sich dabei sehr ähnlich entwickelt wie die Zahl der Nachkommen, bei denen beide Elternteile eingewandert sind. Der Bevölkerungsanteil ohne Einwanderungsgeschichte ist seit 2005 von 66,8 Millionen um 12,2 %

auf 58,7 Millionen zurückgegangen. Zur differenzierten Darstellung der Zu- und Fortzüge nach und aus Deutschland siehe auch Kapitel 1.1.3, Seite 19. ▶ [Abb 1](#)

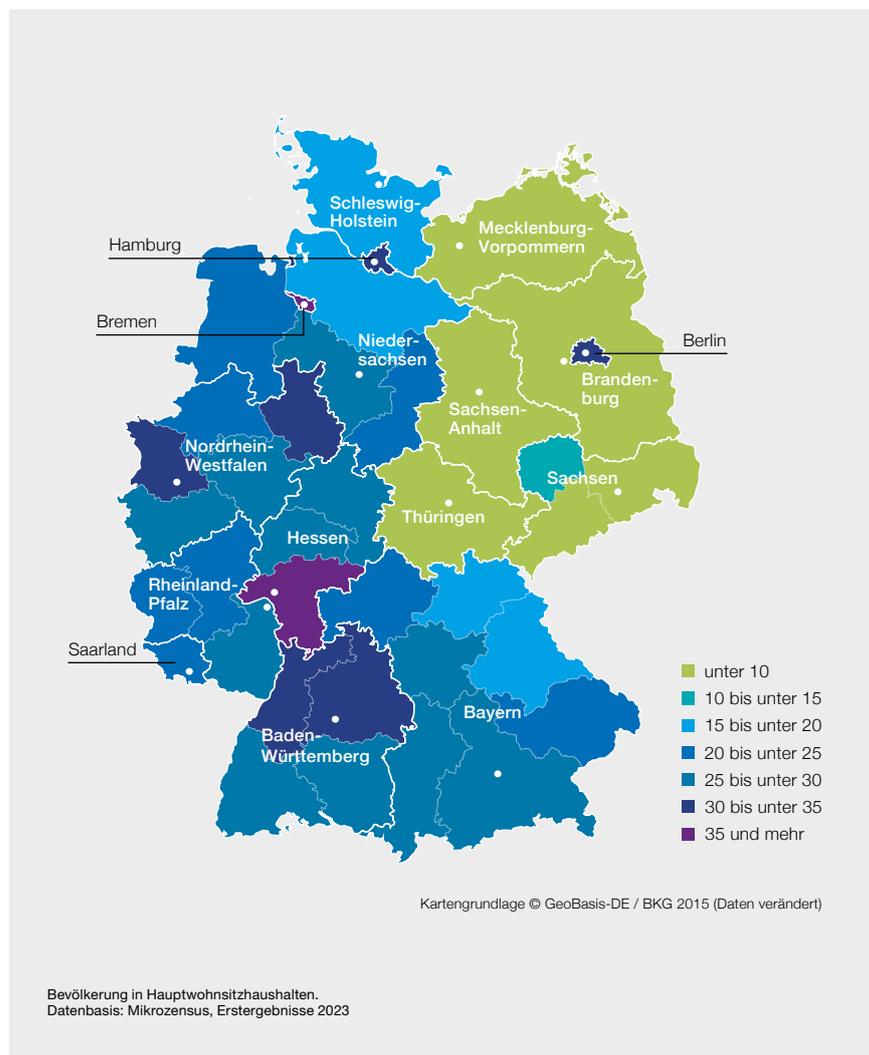
Regionale Verteilung

Der Anteil der Eingewanderten und ihrer Nachkommen unterscheidet sich geografisch deutlich. Großstädte und industrielle Zentren in Westdeutschland weisen, unter anderem durch den Zuzug sogenannter Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter ab den 1950er-Jahren, einen höheren Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte auf. Am höchsten war der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte 2023 in den Stadtstaaten Bremen (38,7%), Hamburg (34,8%) und Berlin (33,6%) sowie in den Bundesländern Hessen (32,4%), Baden-Württemberg (31%) und Nordrhein-Westfalen (29,1%). Am niedrigsten war der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte mit weniger als 9% in den ostdeutschen Flächenländern. Auch innerhalb der westdeutschen Flächenländer gibt es deutliche regionale Unterschiede. ▶ [Abb 2](#)

Herkunftsländer

Bedingt durch die verschiedenen Phasen der Zuwanderung nach Deutschland seit dem Jahr 1950 sind die Menschen mit Einwanderungsgeschichte auch hinsichtlich ihrer Herkunftsländer sehr heterogen. Im Jahr 2023 stammten von den 21,2 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte 30,4% aus EU-Mitgliedstaaten, und hier insbesondere aus Polen (9,2%), Rumänien (5,1%), Italien (3,2%), Griechenland und Kroatien (jeweils 1,8%). Weitere 34,1% der im Jahr 2023 in Deutschland lebenden Personen mit Einwanderungsgeschichte kamen aus europäischen Ländern außerhalb der EU. Die wichtigsten Herkunftsländer waren hier die Türkei (11,8%), Russland (6,5%), die Ukraine (4,8%), Bosnien und Herzegowina (2,5%), das Kosovo (2,6%) und Serbien (1,7%). Vorderasien ist ebenfalls eine wichtige Herkunftsregion, nicht zuletzt wegen der Fluchtmigration aus Syrien und Afghanistan: 19,1% der 2023 in Deutschland lebenden Menschen mit

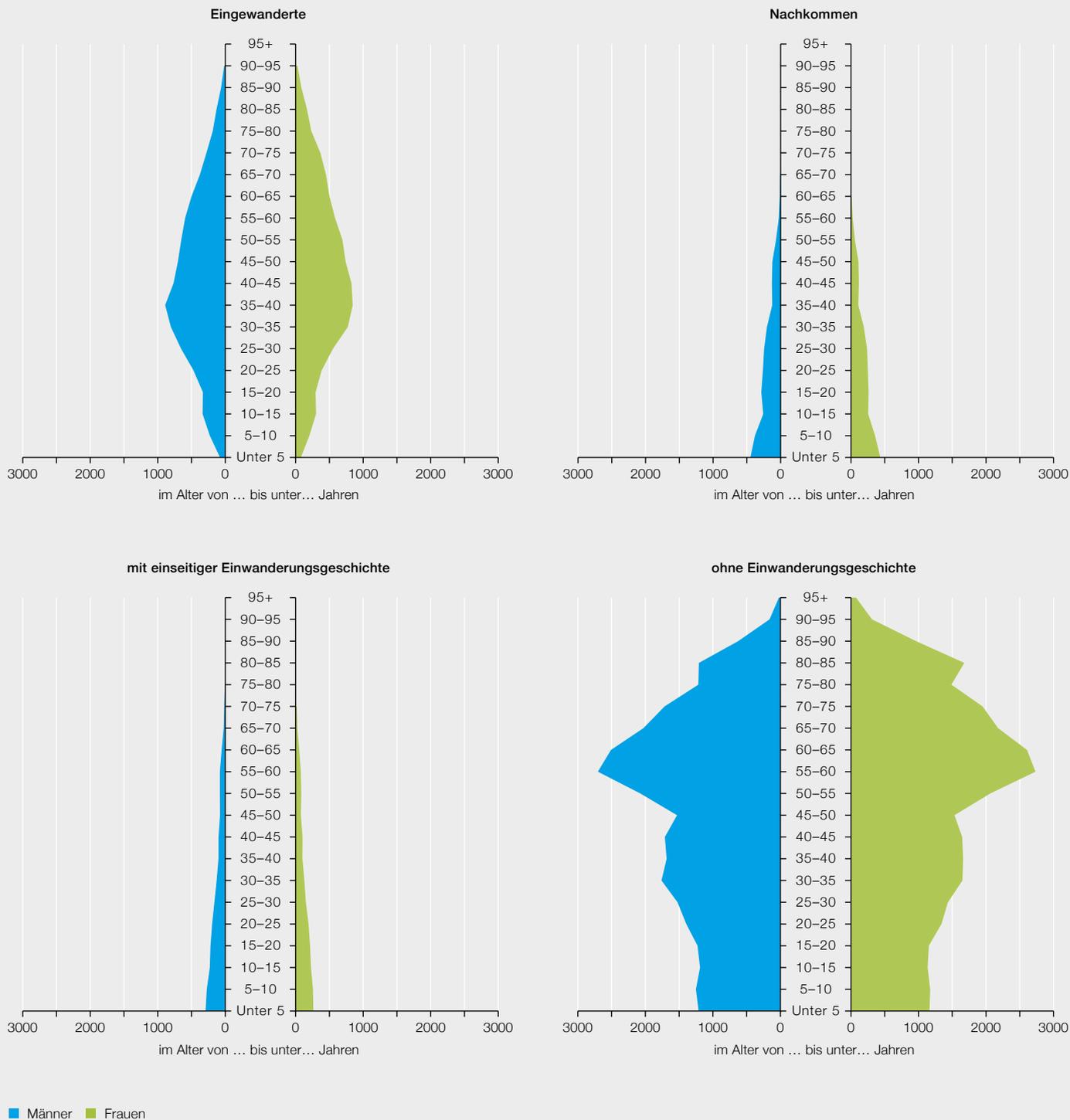
▶ **Abb 2 Anteil der Personen mit Einwanderungsgeschichte nach Regierungsbezirken 2023 – in Prozent**



Einwanderungsgeschichte stammten aus dieser Region. Vor allem Kasachstan, eines der Hauptherkunftsländer der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler machte hier mit 6,5% einen großen Anteil aus. Hinzu kamen Menschen aus Syrien (6,0%), Afghanistan (2,2%), dem Irak (1,9%) und dem Iran (1,5%), gefolgt von Indien (1,2%), Vietnam und China (je 1%). In den nordafrikanischen Staaten Marokko, Ägypten, Algerien, Libyen und Tunesien hatten 2,3% der im Jahr 2023 in Deutschland lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ihre Wurzeln.

Je nach Herkunftsregion unterscheidet sich der Anteil der Personen, die selbst nach Deutschland zugewandert sind: Während über 80% der Menschen mit Wurzeln in EU-Mitgliedstaaten und sogar 93,2% der aus den USA stammenden der ersten Einwanderergeneration angehören, trifft dies nur auf etwas mehr als die Hälfte der Menschen (55%) mit Herkunftsland Türkei zu. Das bedeutet umgekehrt, dass 45% der aus der Türkei stammenden Menschen in Deutschland geboren sind und der zweiten Einwanderergeneration zugerechnet werden.

► Abb 3 Altersaufbau der Bevölkerung mit und ohne Einwanderungsgeschichte 2023 – in tausend Personen je Altersgruppe



Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.
Datenbasis: Mikrozensus, Erstergebnisse 2023

1.2.2 Demografische Struktur

Alters- und Geschlechtsstruktur

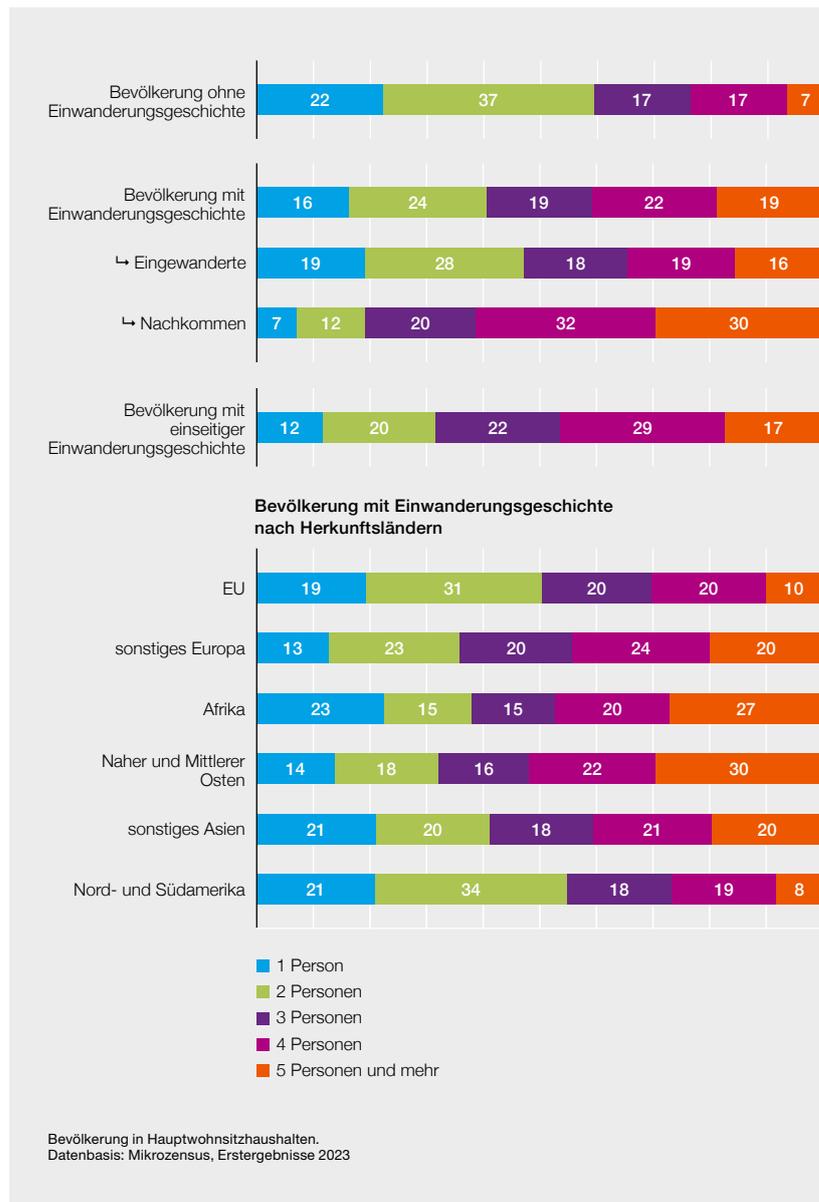
Menschen mit Einwanderungsgeschichte waren 2023 im Durchschnitt 37,7 Jahre alt und damit wesentlich jünger als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (47,2 Jahre). Die Bevölkerungspyramiden zeigen große Unterschiede in der Altersverteilung zwischen Eingewanderten und Nachkommen. Während sich die Nachkommen von Eingewanderten und Menschen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte überwiegend in jüngeren Altersgruppen finden, sind bei den selbst Eingewanderten die Altersgruppen der 25- bis 60-Jährigen besonders stark besetzt. Rund 62 % aller Eingewanderten gehörten im Jahr 2023 zu dieser Altersgruppe. Die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte ist insgesamt am ältesten: Hier gehörten 38,4 % zur Gruppe der 50- bis 74-Jährigen und mehr als die Hälfte (51,6 %) war 50 Jahre oder älter. ▶ Abb 3

Das im Vergleich zu den in Deutschland lebenden Menschen ohne Einwanderungsgeschichte geringere Durchschnittsalter der Menschen mit Einwanderungsgeschichte beeinflusst viele soziodemografische Eigenschaften dieser Bevölkerungsgruppe: Es gibt mehr Ledige, mehr Menschen in schulischer oder beruflicher Ausbildung und weniger Rentnerinnen und Rentner. Dies muss bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Haushaltsgröße

Die unterschiedliche Altersverteilung schlägt sich auch in der Größe der Haushalte nieder, in denen Personen mit und ohne Einwanderungsgeschichte leben. Menschen ohne Einwanderungsgeschichte wohnten 2023 häufig in kleineren Haushalten, mehr als die Hälfte von ihnen in Ein- und Zweipersonenhaushalten (59,4 %) und nur rund 7 % in Haushalten mit fünf oder mehr Personen. Demgegenüber lebte im Jahr 2023 knapp ein Fünftel (18,8 %) der Personen mit Einwanderungsgeschichte in einem Haushalt mit

▶ Abb 4 Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte und Haushaltsgröße 2023 – in Prozent



fünf oder mehr Personen. Bei den Nachkommen mit ihrem hohen Anteil Jüngerer war dieser Anteil am größten und betrug rund 30 %. ▶ Abb 4

Bei den Personen mit Einwanderungsgeschichte variieren die Haushaltsgrößen in Abhängigkeit vom Herkunftsland, was mit den Fertilitätstrends und der Familienkomposition und -tradition

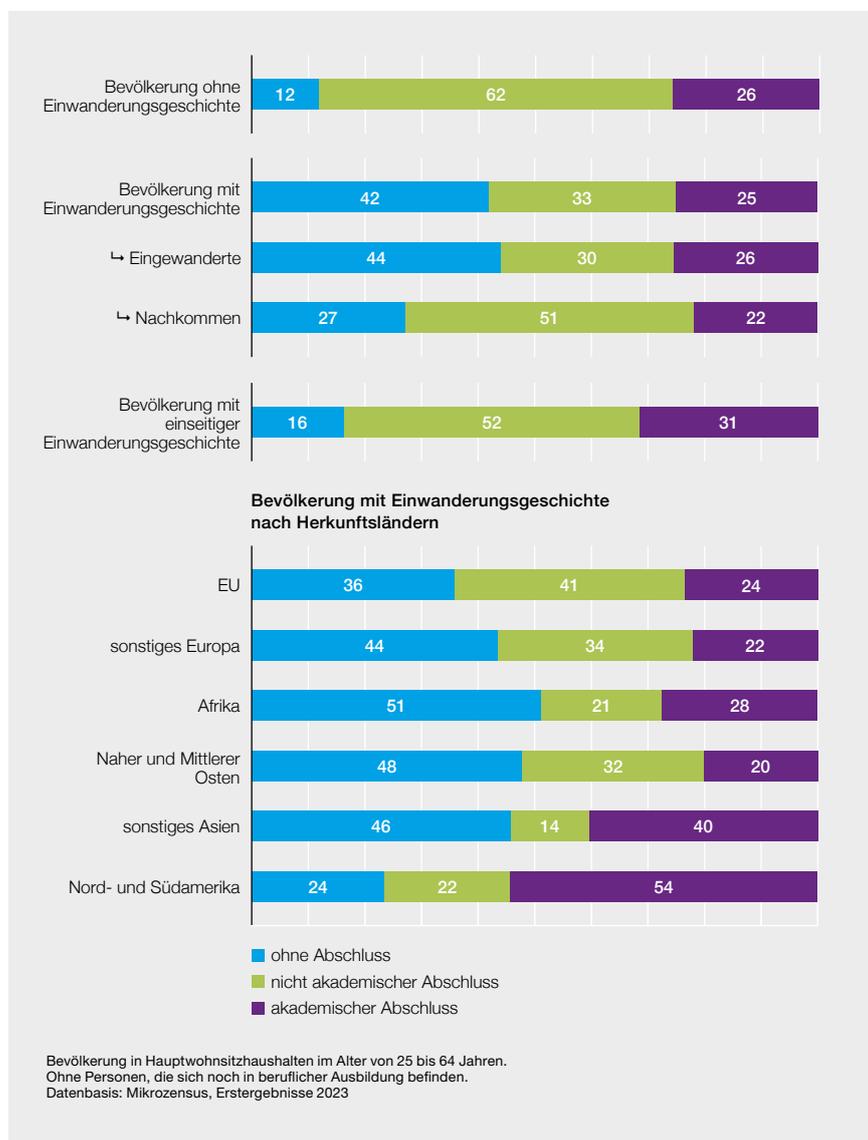
in den jeweiligen Regionen zusammenhängen könnte. Zum Beispiel lebten im Jahr 2023 von den Personen, die aus dem Nahen und Mittleren Osten kamen, 29,6 % in Haushalten mit fünf und mehr Personen. Von denjenigen, die aus Ländern der Europäischen Union kamen, lebte 2023 die Hälfte in kleineren Haushalten mit ein bis zwei Personen.

► **Tab 2** Kinder an allgemeinbildenden weiterführenden Schulen nach Einwanderungsgeschichte 2023 – in Prozent

	Hauptschule	Realschule	Sonstige allgemeinbildende Schule	Gymnasium
Kinder insgesamt	4,9	17,8	33,2	44,1
Ohne Einwanderungsgeschichte	3,1	16,5	32,1	48,3
Mit Einwanderungsgeschichte	9,0	20,6	36,2	34,2
Eingewanderte	11,3	19,7	39,4	29,5
Nachkommen	6,5	21,5	32,6	39,5
Mit einseitiger Einwanderungsgeschichte	4,2	17,9	31,2	46,7

Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten
Datenbasis: Mikrozensus, Erstergebnisse 2023

► **Abb 5** Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte und höchstem berufsqualifizierenden Abschluss 2023 – in Prozent



Kinder mit Einwanderungsgeschichte

Im Jahr 2023 lebten in Deutschland 14,4 Millionen Kinder unter 18 Jahren, davon 4,1 Millionen mit Einwanderungsgeschichte (28,2%). In der Altersgruppe unter 5 Jahren war der Anteil mit Einwanderungsgeschichte am geringsten (26,1%) und stieg mit zunehmendem Alter leicht an (28,4% bei den 5- bis 10-Jährigen und 29,4% bei den Kindern ab 10 Jahren).

Kinder mit und ohne Einwanderungsgeschichte unterscheiden sich teilweise deutlich hinsichtlich ihrer Lebenslagen. Das betrifft sowohl die Haushaltsgröße als auch die sozioökonomische Situation des Elternhauses und ihre Bildungsbeteiligung. Im Jahr 2023 besuchten Kinder mit Einwanderungsgeschichte und insbesondere eingewanderte Kinder seltener das Gymnasium und häufiger die Hauptschule als Kinder ohne Einwanderungsgeschichte. Im Jahr 2023 ging gut ein Drittel (34,2%) aller Kinder mit Einwanderungsgeschichte aufs Gymnasium, verglichen mit 48,3% aller Kinder ohne Einwanderungsgeschichte. ► [Tab 2](#)

Bei den eingewanderten Kindern war der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten am geringsten (29,5%). Die Mehrheit (39,4%) besuchte eine sonstige allgemeinbildende Schule und etwa ein Drittel (31%) eine Haupt- oder Realschule. Kinder mit einseitiger Einwanderungsgeschichte weisen eine sehr ähnliche Verteilung bezüglich ihrer Bildungsbeteiligung auf wie Kinder ohne Einwanderungsgeschichte: Fast 47% von ihnen besuchten ein Gymnasium und nur 4,2% eine Hauptschule. Bei den Kindern mit Einwanderungsgeschichte war der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten bei den Nachkommen mit 39,5% ebenfalls deutlich höher als bei den Kindern, die selbst eingewandert sind.

1.2.3 Sozioökonomische Integration

Die sozioökonomische Integration von Eingewanderten und ihren Nachkommen ist sowohl Voraussetzung für die Partizipation der Menschen mit Einwanderungsgeschichte als auch Gradmesser für die Nutzung des Potenzials

der Eingewanderten etwa für den Arbeitsmarkt und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. In beiderlei Hinsicht wichtige, sich teilweise gegenseitig bedingende Faktoren sind die schulische und berufliche Qualifikation, die Arbeitsmarktintegration sowie die Quellen zur Sicherung des Lebensunterhalts und die Armutsgefährdung. Zu all diesen Punkten stellt dieses Kapitel ausgewählte Ergebnisse zum Integrationsgeschehen vor.

Schulische und berufliche Qualifikation

Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer schulischen und beruflichen Qualifikation. Dies hat Einfluss auf die Arbeitsmarktchancen und wirkt sich neben der Erwerbsbeteiligung etwa auch auf Berufswahl, Verdienstmöglichkeiten und Armutsgefährdung aus.

Menschen mit Einwanderungsgeschichte haben generell seltener berufliche Bildungsabschlüsse erworben, was sowohl auf akademische als auch auf nicht akademische Berufsabschlüsse zutrifft. Betrachtet man die Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, so hatte im Jahr 2023 nur jede achte Person ohne Einwanderungsgeschichte (11,8 %) keinen berufsqualifizierenden Abschluss. Demgegenüber hatten 44,1 % der Eingewanderten und immerhin 27,1 % der Nachkommen Eingewanderter keinen Berufsabschluss. Menschen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte wiesen mit 16,3 % einen fast ebenso geringen Anteil von Personen ohne Abschluss auf wie diejenigen ohne Einwanderungsgeschichte. ▶ [Abb 5](#)

Während es beim Anteil von Personen mit akademischem Abschluss einer Hochschule oder Universität nur recht geringe Unterschiede zwischen Eingewanderten (25,5 %), deren Nachkommen (21,8 %) und Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (25,8 %) gab, so fallen größere Abweichungen beim jeweiligen Anteil nicht akademischer Abschlüsse auf: Nur etwa ein Drittel der Eingewanderten (30,4 %), gut die Hälfte der Nachkommen (51,1 %), aber 62,4 % der Menschen ohne

Einwanderungsgeschichte hatten 2023 einen nicht akademischen Abschluss, das heißt etwa eine Berufsausbildung im dualen System oder einen Fachschulabschluss (Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte: 52,2 %).

Auch in Abhängigkeit von den Herkunftsländern der Eingewanderten und ihren Nachkommen zeigen sich deutliche Unterschiede. So haben mehr als die Hälfte der Menschen mit nord- oder südamerikanischer Einwanderungsgeschichte (54,3 %) einen akademischen Abschluss, 40,4 % aus dem Fernen Osten, aber jeweils nur ein Fünftel der Personen mit Wurzeln in Europa und dem Nahen und Mittleren Osten. Rund die Hälfte der Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus Europa

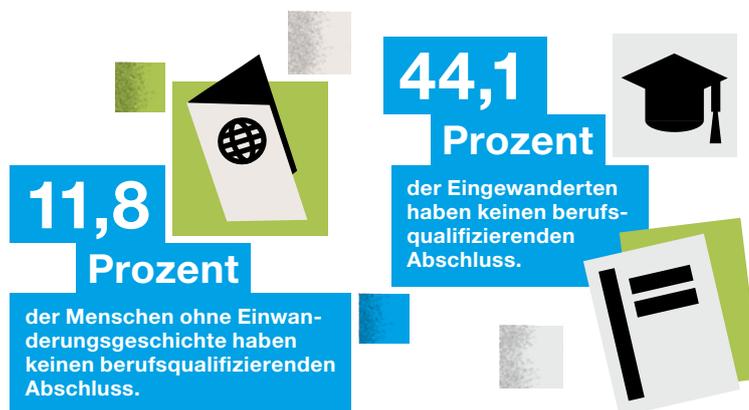
außerhalb der EU, Afrika und Asien haben keine Berufsqualifikation. Bei Zugewanderten aus der EU trifft dies nur auf 35,9 % zu.

Die Qualifikation der Eingewanderten fällt unterschiedlich aus, je nachdem in welchem Jahrzehnt sie zugewandert sind: Je später die Zuwanderung erfolgte, desto höher war der Anteil der Personen mit Abitur oder (Fach-)Hochschulreife. Hatte bei den vor 1980 Eingewanderten nur jeder und jede Vierte Abitur, so stieg der Anteil bis zum Zuzugsjahr 2010 auf rund die Hälfte an. Zugleich ist das Durchschnittsalter der vor 1980 Eingewanderten mit 57,1 Jahren deutlich höher als bei den 2020 bis 2023 nach Deutschland Zugezogenen (37,2 Jahre). ▶ [Tab 3](#)

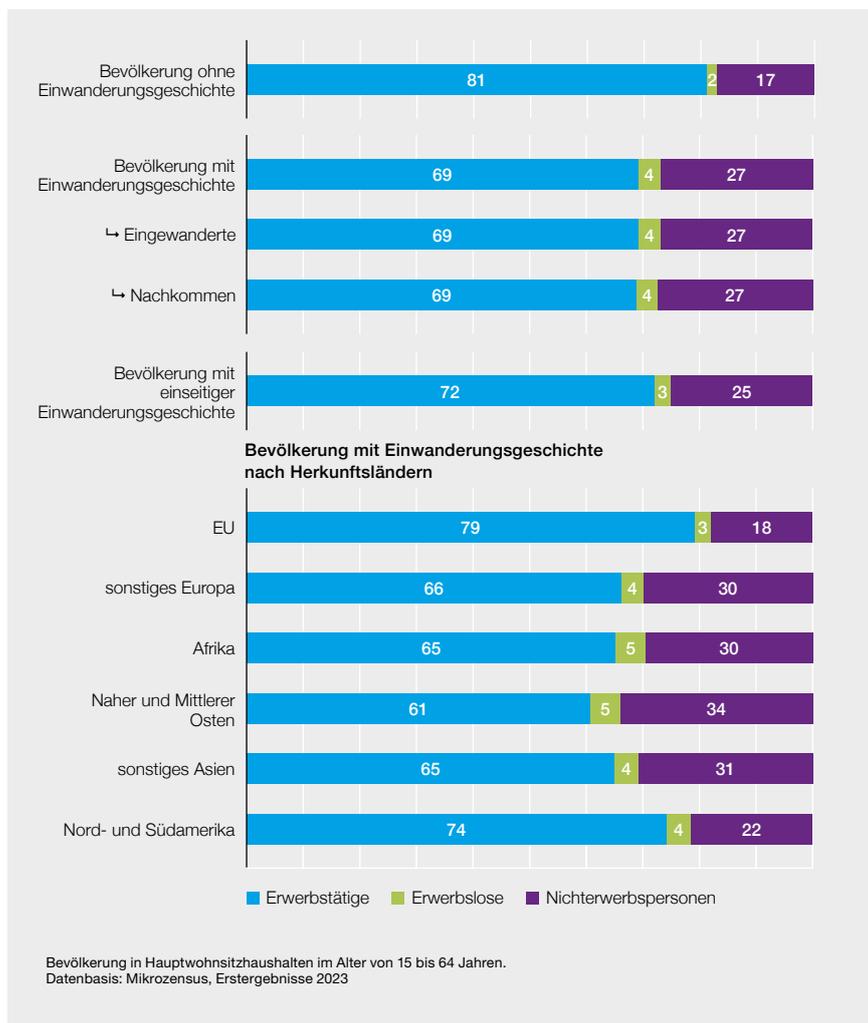
▶ **Tab 3** Qualifikation von Eingewanderten nach Zeitpunkt der Zuwanderung 2023

	Eingewanderte im Alter von 25 bis 64 Jahren	Darunter		Durchschnittsalter
		mit Abitur/ (Fach-) Hochschulreife	mit (Fach-) Hochschulabschluss	
	in 1 000	in %		in Jahren
Eingewanderte insgesamt	11 263	42,9	24,9	43,8
zugewandert von ... bis ...				
↳ vor 1980	694	25,5	12,8	57,1
↳ 1980–1989	1 167	35,9	15,6	52,1
↳ 1990–1999	2 539	35,2	16,9	47,7
↳ 2000–2009	1 610	44,9	26,1	44,3
↳ 2010–2019	3 841	48,9	28,2	38,5
↳ 2020–2023	1 413	52,2	42,6	37,2
nachrichtlich: Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte	31 736	43,4	25,4	47,3

Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.
Datenbasis: Mikrozensus, Erstergebnisse 2023



► **Abb 6** Arbeitsmarktbelastung der Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte 2023 – in Prozent



Arbeitsmarktbelastung

Die Beteiligung am Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Indikator für die Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Die Ausübung einer bezahlten Tätigkeit ermöglicht zum einen die wirtschaftliche und soziale Teilhabe der Eingewanderten und ihrer Nachkommen. Zum anderen geben Indikatoren zur Erwerbsbeteiligung wesentliche Hinweise zum Erfolg der Integration.

Die Erwerbsquote misst dabei den Anteil einer Bevölkerungsgruppe, die dem Arbeitsmarkt entweder als Erwerbstätige oder als Erwerbslose zur Verfügung steht. Zugrunde gelegt werden hier

die Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO; siehe Kapitel 4.1, Info 1, Seite 128). Bezogen auf die 15- bis 64-Jährigen lag die Erwerbsquote sowohl der Eingewanderten (73,2 %) als auch ihrer Nachkommen (72,6 %) im Jahr 2023 etwa 10 Prozentpunkte unter der Erwerbsquote der Personen ohne Einwanderungsgeschichte (82,8 %). Die Differenz erklärt sich im Fall der Nachkommen teilweise durch die unterschiedliche Altersstruktur. Darüber hinaus ist der Unterschied in den Erwerbsquoten bei den Frauen (Eingewanderte: 64,1 %; ohne Einwanderungsgeschichte: 80,5 %) deutlich größer als bei den Männern

(Eingewanderte: 82,1 %; ohne Einwanderungsgeschichte: 85,2 %). ► [Abb 6](#)

Menschen mit Einwanderungsgeschichte stehen dem Arbeitsmarkt nicht nur in geringerem Maße zur Verfügung, sie sind zugleich häufiger erwerbslos beziehungsweise weniger häufig erwerbstätig als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte. Die Erwerbslosenquote, also der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen einer Bevölkerungsgruppe, betrug bei Personen ohne Einwanderungsgeschichte im Jahr 2023 1,8 % und war damit weniger als halb so hoch als bei den Eingewanderten (4,0 %). Das Konzept der Erwerbslosigkeit der ILO darf nicht mit dem Konzept der registrierten Arbeitslosigkeit verwechselt werden, das von der Bundesagentur für Arbeit auf Grundlage der Regelungen des Sozialgesetzbuchs verwendet wird (siehe Kapitel 4.1, Info 1, Seite 128).

Die Erwerbstätigenquote, der Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, lag dagegen bei den Eingewanderten mit 69,2 % deutlich unter dem Wert der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte, bei der 81 % einer bezahlten Tätigkeit nachgingen. Diese Unterschiede resultieren zum einen aus möglichen Benachteiligungen von Personen mit Einwanderungsgeschichte am Arbeitsmarkt und Zugangsbeschränkungen für bestimmte Personengruppen, sind zum anderen aber auch Ausdruck von Unterschieden hinsichtlich der Sprachkenntnisse und der Qualifikation.

Wichtig ist darauf hinzuweisen, dass die Arbeitsmarktbelastung je nach Herkunftsregion bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte sehr unterschiedlich ausfällt, was auch auf die unterschiedlichen Einwanderungsmotive zurückzuführen ist. So dient die Migration aus EU-Mitgliedstaaten häufiger der Arbeitsaufnahme, während die Migration aus Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Afrikas in stärkerem Maße Fluchtmigration ist, was auch mit rechtlichen Einschränkungen zur Beteiligung am Arbeitsmarkt einhergeht. Hinzu kommen weitere Faktoren: So leben Eingewanderte

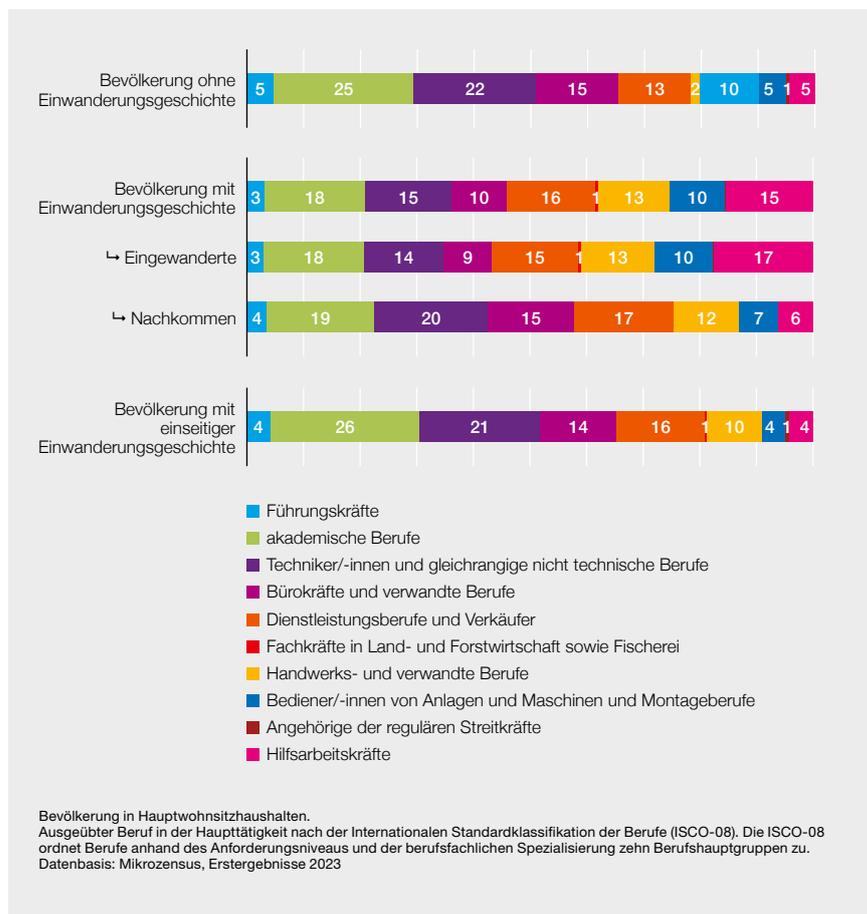
und ihre Nachkommen häufiger in größeren Haushalten und haben im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen einen höheren Zeitaufwand bei der Betreuung von Kindern.

Berufe Erwerbstätiger mit Einwanderungsgeschichte

Erwerbstätige mit und ohne Einwanderungsgeschichte weisen zunächst eine insgesamt recht ähnliche Verteilung nach ihrer Stellung im Beruf auf. So war der Anteil Selbstständiger im Jahr 2023 bei Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte mit 7,3 % nur wenig geringer als bei solchen ohne Einwanderungsgeschichte. Entsprechend zählten etwa sieben von zehn Personen in beiden Gruppen zu den Angestellten (mit Einwanderungsgeschichte: 70,8 %; ohne Einwanderungsgeschichte: 72,4 %), während der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter bei den Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte mit 16,3 % knapp doppelt so hoch lag wie bei Erwerbstätigen ohne Einwanderungsgeschichte (8,9 %). Auch waren Erwerbstätige ohne Einwanderungsgeschichte mit einem Anteil von 6,3 % fast viermal so häufig als Beamtinnen und Beamte tätig wie Erwerbstätige mit Einwanderungsgeschichte (1,4 %).

Hinsichtlich der Berufswahl von Personen mit und ohne Einwanderungsgeschichte bestehen dagegen große Unterschiede: Erwerbstätige mit Einwanderungsgeschichte sind deutlich häufiger in gering qualifizierten Berufen tätig als Erwerbstätige ohne Einwanderungsgeschichte. Im Jahr 2023 arbeiteten 15,3 % der Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte als Hilfsarbeitskräfte, bei den Erwerbstätigen ohne Einwanderungsgeschichte lag der Anteil bei lediglich 4,5 %. Etwas geringere Differenzen finden sich bei den Bedienenden von Anlagen und Maschinen und Montageberufen, wo der Anteil bei den Personen mit Einwanderungsgeschichte mit 9,8 % doppelt so hoch war wie bei den Personen ohne Einwanderungsgeschichte. Das bedeutet, dass 2023 mehr als die Hälfte der Hilfsarbeitskräfte und immerhin 41 % der Bedienenden von

► **Abb 7 Berufe von Erwerbstätigen nach Einwanderungsgeschichte 2023**
– in Prozent



Anlagen und Maschinen eine Einwanderungsgeschichte aufgewiesen haben. Unter den Führungskräften waren Erwerbstätige mit Einwanderungsgeschichte hingegen weniger stark vertreten (3,1 % gegenüber 4,7 % der Erwerbstätigen ohne Einwanderungsgeschichte). Gleiches gilt für akademische Berufe (17,9 % gegenüber 24,7 %) sowie für Techniker und gleichrangige nicht technische Berufe (mit Einwanderungsgeschichte: 15,2 %; ohne Einwanderungsgeschichte: 21,6 %). ► [Abb 7](#)

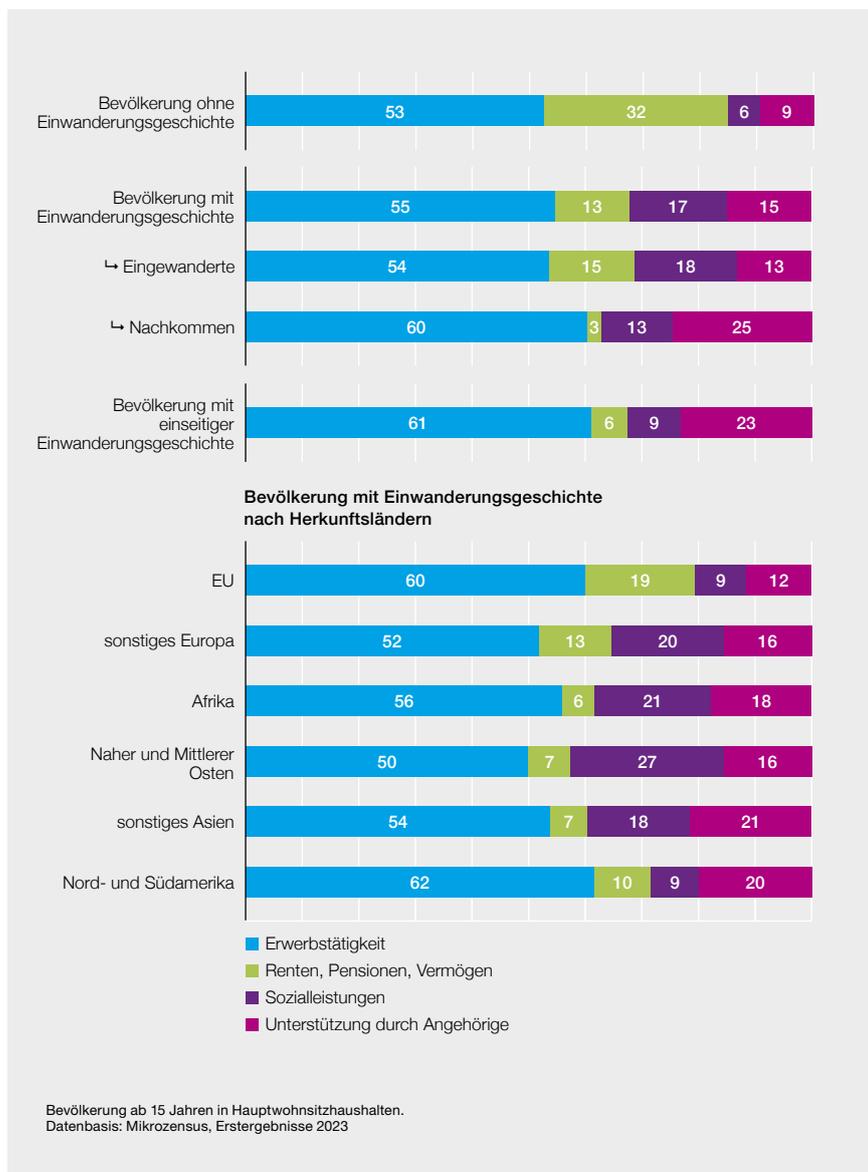
Bemerkenswert sind darüber hinaus die Unterschiede in der Berufswahl zwischen Eingewanderten und deren – im Mittel deutlich jüngeren – Nachkommen. Im Vergleich waren die Nachkommen deutlich häufiger in höher qualifizierten Berufen sowie als Führungskräfte tätig

und übten im Gegenzug seltener Tätigkeiten als Hilfsarbeitskräfte oder als Bedienende von Anlagen und Maschinen sowie Montageberufe aus.

Überwiegender Lebensunterhalt

Die unterschiedliche Arbeitsmarkteteiligung von Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte ist einer der Gründe für die Abweichungen bei der Hauptquelle, aus der der Lebensunterhalt der Personen bestritten wird. Im Jahr 2023 variierte der Anteil der Personen ab 15 Jahren, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbstätigkeit bestritten, zwischen 52,6 % in der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte und 61,1 % in der Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte. ► [Abb 8](#)

► **Abb 8** Überwiegender Lebensunterhalt nach Einwanderungsgeschichte 2023 – in Prozent



Berücksichtigt man allerdings andere Quellen des Lebensunterhalts, so werden größere Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen deutlich. Für etwa ein Drittel (32,4%) der Menschen ohne Einwanderungsgeschichte waren im Jahr 2023 Renten oder Vermögen die Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts, was nur auf 15,1% der Eingewanderten und 2,5% der Nachkommen zutraf. Zugleich bestritten 17,3% der

Menschen mit Einwanderungsgeschichte ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Sozialleistungen (Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte: 5,6%). Geringere, zu einem erheblichen Teil auf die Altersstruktur zurückzuführende Unterschiede gab es beim Anteil von Personen, die sich überwiegend durch die Unterstützung ihrer Angehörigen finanzieren.

Die deutlichen Abweichungen innerhalb der Bevölkerung mit Einwanderungs-

► **Info 3**

Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Gesamtbevölkerung ist. Entsprechend dem EU-weit harmonisierten Standard ist die Armutsgefährdungsquote definiert als der Anteil der Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens der Bevölkerung beträgt (siehe Kapitel 5.2.2, Seite 198). Das Einkommens-Referenzjahr ist das Vorjahr der Erhebung.

Als Quelle zur Ermittlung der Armutsgefährdung verwendet die amtliche Statistik die Daten der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), einer Unterstichprobe des Mikrozensus (siehe auch Kapitel 5.2, Info 1, Seite 194).

geschichte lassen sich auf die Unterschiede in der Altersstruktur und bei der Erwerbsbeteiligung zurückführen. Insbesondere Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Wurzeln in EU-Staaten oder Nord- und Südamerika bestreiten besonders häufig ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit (60,1% beziehungsweise 61,6%). Menschen mit Wurzeln in Asien (ohne den Nahen und Mittleren Osten) sowie aus Nord- und Südamerika finanzieren ihren Lebensunterhalt besonders häufig (21,4% beziehungsweise 19,9%) mittels Unterstützung ihrer Angehörigen.

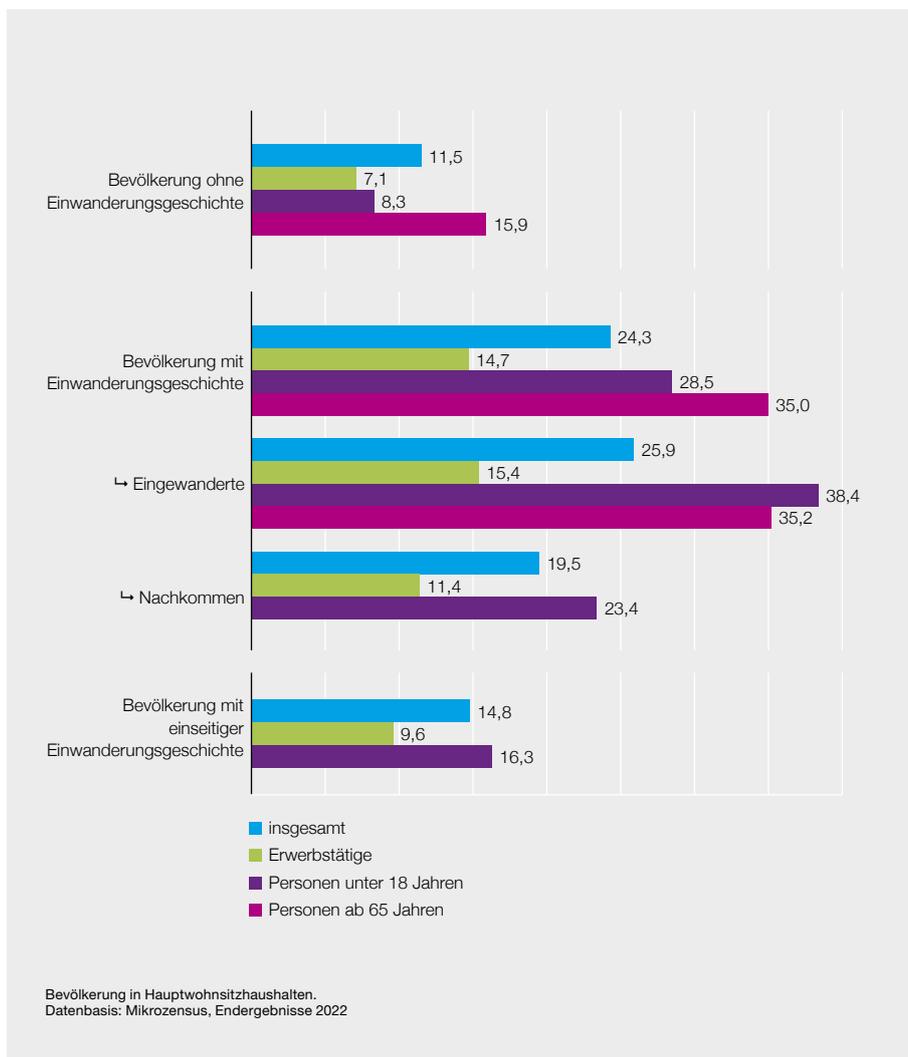
Armutsgefährdung

Die aus der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions; EU-SILC) ermittelte Armutsgefährdungsquote bietet einen Überblick über die sozioökonomische Situation der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte. ► [Info 3](#)

Die Armutsgefährdungsquote der Menschen mit Einwanderungsgeschichte lag 2022 mit 24,3% rund zwei Mal so hoch wie die der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte (11,5%). Die höchste Armutsgefährdungsquote gab es bei Eingewanderten. Im Jahr 2022 war hier ein Viertel armutsgefährdet. ► [Abb 9](#)

Ein ähnliches Bild zeigt sich hinsichtlich der Armutsgefährdung von Kindern

► **Abb 9 Armutsgefährdungsquoten nach Einwanderungsgeschichte 2022**
 – in Prozent



24,3 Prozent
 betrug die Armutsgefährdungsquote 2022 der Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

11,5 Prozent
 hingegen betrug die Armutsgefährdungsquote 2022 bei Menschen ohne Einwanderungsgeschichte.

(Personen unter 18 Jahren). Das höchste Armutsrisiko bestand bei eingewanderten Kindern unter 18 Jahren mit einer Armutsgefährdungsquote von 38,4 % (Nachkommen: 23,4 %). Werden alle Kinder mit Einwanderungsgeschichte berücksichtigt, war die Armutsgefährdungsquote 3,4-mal höher als bei Kindern ohne Einwanderungsgeschichte (28,5 % gegenüber 8,3 %).

Auch das Risiko für Altersarmut war 2022 bei der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte deutlich größer als bei derjenigen ohne Einwanderungsgeschichte:

35 % aller ab 65-jährigen Personen mit Einwanderungsgeschichte waren armutsgefährdet; bei der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte traf dies auf 15,9 % der Älteren zu.

Auch Erwerbstätige mit und ohne Einwanderungsgeschichte weisen eine unterschiedliche Armutsgefährdung auf: Im Jahr 2022 waren 14,7 % der Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte trotz Arbeit armutsgefährdet, bei den Erwerbstätigen ohne Einwanderungsgeschichte war die Armutsgefährdungsquote mit 7,1 % nur halb so hoch.

► Info 4

Schutzsuchende nach dem Ausländerzentralregister

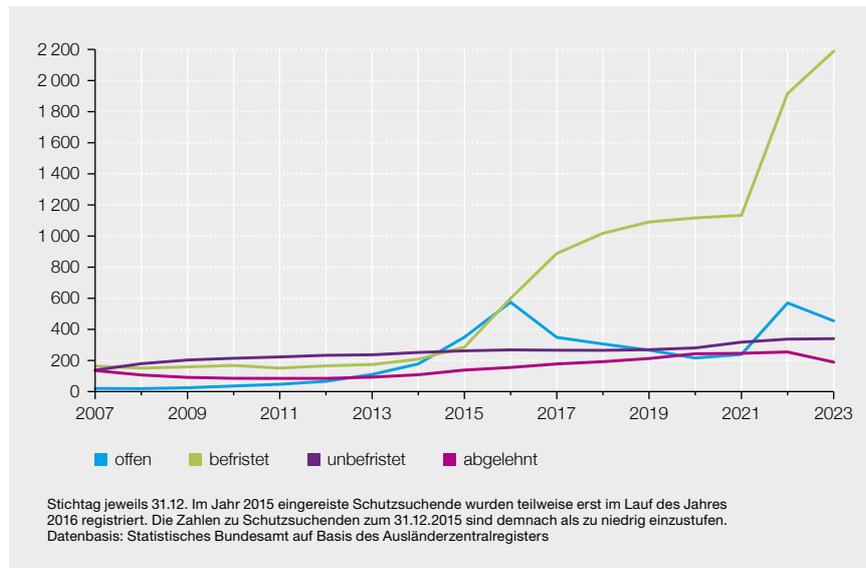
Schutzsuchende sind alle Ausländerinnen und Ausländer (sowohl in Privathaushalten als auch in Gemeinschaftsunterkünften), die sich unter Berufung auf völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe in Deutschland aufhalten und zum Auswertungsstichtag im Ausländerzentralregister (AZR) erfasst sind. Diese Definition umfasst drei Untergruppen, die aufgrund ihrer Heterogenität immer auch getrennt betrachtet werden sollten:

- Schutzsuchende mit offenem Schutzstatus halten sich zur Durchführung eines Asylverfahrens in Deutschland auf, wobei über ihren Schutzstatus noch nicht entschieden wurde.
- Schutzsuchende mit anerkanntem Schutzstatus besitzen einen befristeten oder unbefristeten Aufenthaltstitel aus dem humanitären Bereich des Aufenthaltsgesetzes.
- Schutzsuchende mit abgelehntem Schutzstatus halten sich nach Ablehnung im Asylverfahren oder nach Verlust ihres humanitären Aufenthaltstitels als Ausreisepflichtige in Deutschland auf.

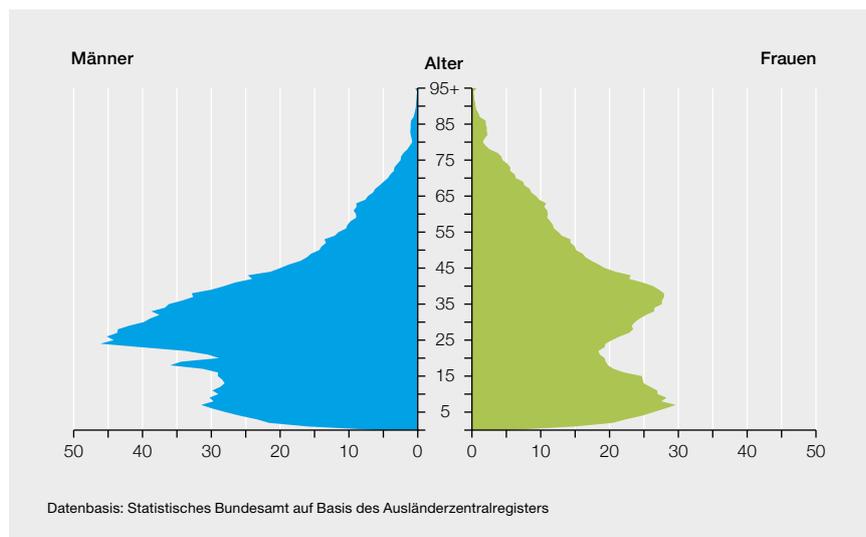
Begriffe wie »Flüchtlinge«, »Asylberechtigte« oder »Asylbewerberinnen und Asylbewerber« werden oftmals als Synonyme für geflüchtete Menschen genutzt, beschreiben aber im Aufenthalts- und Asylrecht jeweils nur eine spezifische Teilmenge der Schutzsuchenden. Der Sammelbegriff »Schutzsuchende« soll darüber hinaus ausdrücken, dass das Ersuchen um humanitären Schutz nicht beziehungsweise noch nicht in allen Fällen von staatlicher Seite anerkannt ist.

Detaillierte Informationen dazu, welche aufenthaltsrechtlichen Sachverhalte für die Zuordnung zu den drei Gruppen ausschlaggebend sind, liefert eine Infografik zu Schutzsuchenden unter www.destatis.de auf der Themenseite »Migration und Integration«.

► Abb 10 Schutzsuchende nach Schutzstatus – in Tausend



► Abb 11 Altersaufbau der Schutzsuchenden 2023 – in Tausend je Altersjahr



1.2.4 Schutzsuchende

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seit dem Jahr 2017 eine jährliche Statistik zu den in Deutschland lebenden Schutzsuchenden. Die Ergebnisse basieren auf dem Ausländerzentralregister (AZR), das alle notwendigen Informationen über den aufenthaltsrechtlichen Status der in Deutschland registrierten Ausländerinnen und Ausländer enthält. ► Info 4

Ende 2023 waren rund 3,2 Millionen Schutzsuchende in Deutschland registriert, was etwa einem Viertel der ausländischen Bevölkerung (23 %) entspricht. Der größte Anstieg der Zahl der registrierten Schutzsuchenden innerhalb eines Berichtsjahres war von 2021 auf 2022 zu beobachten: In diesem Zeitraum stieg die Zahl um mehr als 1,1 Millionen.

Schutzsuchende lassen sich nach dem sogenannten Schutzstatus unterscheiden. Personen, über deren Asylantrag noch nicht entschieden wurde, haben einen offenen Schutzstatus. Am Jahresende 2023 war dies bei 454 795 Schutzsuchenden der Fall (14,3 %). Bei rund 2,5 Millionen Schutzsuchenden (79,7 %) wurde über das Gesuch auf Schutz positiv entschieden – sie verfügten Ende 2023 über einen

anerkannten Schutzstatus. Beim überwiegenden Teil von ihnen war diese Anerkennung jedoch nur befristet (86,5 %). Bei 189 405 Schutzsuchenden wurde der Antrag auf Asyl abgelehnt. Diese Personen hatten einen abgelehnten Schutzstatus und waren grundsätzlich ausreisepflichtig. Bei 82,8 % der Schutzsuchenden (156 875 Menschen) war diese Ausreisepflicht aufgrund einer Duldung jedoch vorübergehend ausgesetzt. ▶ [Abb 10](#)

Ende 2023 stammten mehr als die Hälfte aller Schutzsuchenden aus zwei Herkunftsländern: der Ukraine (976 905 Personen) und Syrien (711 650 Personen). Allein aus der Ukraine machte der Anteil der Schutzsuchenden fast ein Drittel (30,8 %) aller Schutzsuchenden aus. Die meisten Schutzsuchenden mit offenem Schutzstatus kamen aus der Türkei (83 600 Personen), gefolgt von Syrien (80 885 Menschen) und Afghanistan (56 680 Personen). Hinsichtlich der Schutzsuchenden mit befristeter Anerkennung kam die Mehrheit aus der Ukraine (896 520 Personen) oder Syrien (561 750 Personen).

Bei den unbefristeten Anerkennungen lag Syrien (62 350 Personen) an der Spitze aller Länder, gefolgt von der Ukraine (28 530 Personen), dem Irak (28 065 Personen) und der Russischen Föderation (27 420 Personen). Die meisten Schutzsuchenden mit abgelehntem Antrag kamen aus dem Irak (23 495 Personen) und Syrien (13 900 Personen).

Bei den Schutzsuchenden dominieren junge Männer: Der Anteil der Männer unter den Schutzsuchenden lag Ende 2023 bei 55 %. Insbesondere in der Altersgruppe von 20 bis 40 Jahren waren Männer überrepräsentiert. ▶ [Abb 11](#)

1.2.5 Situation der Schutzsuchenden aus der Ukraine

Erste Ergebnisse des Mikrozensus 2023 geben einen Einblick in die sozioökonomische Situation der Eingewanderten aus der Ukraine, die in diesem Zeitraum in Deutschland wohnten. Anders als bei Schutzsuchenden aus anderen Ländern kamen aus der Ukraine überwiegend Frauen. Sechs von zehn (61 %) der 2023 in

Deutschland wohnenden und seit Jahresbeginn 2022 aus der Ukraine eingewanderten Personen waren weiblich. Bei den Erwachsenen überwog der Frauenanteil noch deutlicher: Hier waren sieben von zehn (69 %) Zugewanderten Frauen. Dies hängt insbesondere damit zusammen, dass häufig Mütter mit ihren Kindern allein aus der Ukraine nach Deutschland kamen, während Männer im wehrfähigen Alter die Ukraine nicht verlassen durften. Dementsprechend waren 39 % der seit 2022 aus der Ukraine eingewanderten Menschen nach ihrer Flucht entweder Alleinerziehende (15 %) oder Kinder eines alleinerziehenden Elternteils (24 %). In der Gesamtbevölkerung Deutschlands lebten im ersten Halbjahr 2023 dagegen nur 9 % der Menschen in Alleinerziehenden-Familien.

Bemerkenswert ist bei den aus der Ukraine eingewanderten Personen der hohe Anteil von akademischen Bildungsabschlüssen. Betrachtet man die Haupterwerbsphase von 25 bis 59 Jahren, so hatten von den seit Jahresbeginn 2022 aus der Ukraine Eingewanderten 47 % einen akademischen Berufsabschluss einer Fachhochschule oder Universität und 27 % einen nicht akademischen Berufsabschluss. In der Gesamtbevölkerung Deutschlands lag der Anteil von Personen mit akademischem Abschluss in dieser Altersgruppe nur bei 27 %. Mit 52 % war der Anteil mit einem nicht akademischen Abschluss in der Gesamtbevölkerung dagegen deutlich höher als bei den aus der Ukraine eingewanderten Personen.

Trotz des hohen Qualifikationsniveaus war die Erwerbsbeteiligung der seit Anfang 2022 aus der Ukraine Eingewanderten deutlich geringer als in der Gesamtbevölkerung: In der Haupterwerbsphase von 25 bis 59 Jahren waren lediglich 21 % der Eingewanderten aus der Ukraine erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote in der Gesamtbevölkerung war in dieser Altersgruppe mit 85 % mehr als viermal so hoch. Bei den aus der Ukraine eingewanderten Frauen lag die Erwerbstätigenquote mit 17 % (Gesamtbevölkerung: 81 %) dabei noch deutlich unter der

Erwerbstätigenquote von Männern, von denen 30 % erwerbstätig waren (Gesamtbevölkerung: 89 %). Dass die Aufnahme einer Beschäftigung für aus der Ukraine eingewanderte Frauen und vor allem für Mütter mit Kleinkindern schwieriger ist als für Männer, zeigt auch das Forschungsprojekt »Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland (IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung)«. Demnach steigt zudem die Erwerbstätigenquote von Zuwandererinnen und Zuwanderern aus der Ukraine ab einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von zwölf Monaten deutlich (siehe Kapitel 7.4, Seite 283).